

»Wir sind das Volk«

Zur Herausbildung eines Diskurses der identitären Demokratie im Umfeld der Partei Alternative für Deutschland (AfD)

Jasmin Siri / Marcel Lewandowsky

Einleitung

»Es könnte aber sein, daß uns in absehbarer Zeit Konflikte ganz anderer Art ins Haus stehen: ethnische Konflikte, religiöse Konflikte, Identitätskonflikte, Konflikte über nicht verhandlungsfähige Werte, Normen, Überzeugungen. Zahlreiche fundamentalistische Bewegungen, wie sie in den letzten Jahrzehnten unerwarteterweise wieder aufgelebt sind, belegen, daß es diese ernstesten, nichttrivialen Konflikte nach wie vor gibt und daß es eine Illusion war, alle Konflikte politisch auf Interessenskonflikte reduzieren zu können.« (Luhmann 2002: 218f.).

In den europäischen Staaten und darüber hinaus scheint sich der Bedarf an partikularen Kollektivitätsbeschreibungen zu erhöhen. (Vgl. für viele Decker et al. 2012) Die Komplexität der Weltgesellschaft und die Entgrenzung traditionaler Vergemeinschaftung beantworten Rechtspopulisten mit einer Gegenerzählung der nationalen Vergemeinschaftung. Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) und das sie umgebende aktivistische Milieu legen hiervon im politischen System der Bundesrepublik Deutschland Zeugnis ab. So hat sich die Partei in ihrer jungen Geschichte bisher von einer vor allem eurokritischen Partei in der Gründungsphase hin zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt.

Der Impetus und die Argumentationen aktueller rechtspopulistischer Aktivistinnen und Parteien in Europa widerspricht einer seit den 1990er Jahren sehr erfolgreichen Erzählung einer globalisierten Weltgesellschaft, welche aus der Globalisierung nicht nur auf persönliche Lebens- und Flexibilitätsschancen schließt, sondern zugleich gemeinsame Wirtschaftsräume, gemeinsame Verantwortung für Konflikte und die Entwicklung einer Weltkultur annimmt, die das nationale Denken langfristig ersetzen werde. Damit eng verbunden ist eine Ideologie des Freihandels, des freien Kapitalflusses und der freien Märkte, die weithin als »alternativlos« darge-

stellt wird. Dasselbe gilt auch für ein »Europa ohne Grenzen«, in dem auf die Sogwirkung von Freizügigkeit und die Betonung gemeinsamer Ziele und Werte gesetzt wird.

Soziologische Theorien der Weltgesellschaft haben gezeigt, dass die Ausdifferenzierung der Welt in Nationalstaaten faktisch an Plausibilität verloren hat, praktisch aber große Bedeutung für politische Kollektivbildung zeitigt (vgl. für viele Greve/Heintz 2005). Auch wird deutlich, dass die ökonomische Fassung der Weltgesellschaft »Gewinner« und »Verlierer« sowie ein neoliberales Narrativ der Globalisierung produziert, was Kritiken der Legitimität von »Rechts« wie »Links« hervorbringt. Und doch: Die jüngsten elektoralen und medialen Erfolge rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen sind keiner Pfadabhängigkeit oder dialektischen Schleife geschuldet. Sie sind soziologisch wie politikwissenschaftlich erklärungswürdig, denn der Erfolg rechtspopulistischer Parteien spiegelt nach unserer Auffassung mehr wider als nur eine Verschiebung in Parteiensystemen oder eine Abwehrhaltung zum kosmopolitischen Europa Ulrich Beckscher *Façon*.

Es liegt aus unserer Sicht nahe, hier die Verbindung von Organisationen, Bewegungen und Medien genauer in den Blick zu nehmen und in wissenssoziologischer Absicht danach zu fragen, inwiefern ein spezifisches, in den sozialen Netzwerken und auf Demonstrationen (Dresden, Leipzig, Erfurt) sich artikulierendes, mithin heterogenes Milieu¹ sichtbar wird, welches von der Ablehnung des »Mainstreams« getragen wird und skeptisch auf Formen und Folgen liberaler Demokratien, der Globalisierung sowie pluralistischer Ethiken blickt. Es ist wohl kein Zufall, dass »Pegida« und AfD zu ähnlichen Zeitpunkten auftauchen, zum Teil vergleichbare Anliegen formulieren, sich gleichsam gegen die etablierten Akteure der repräsentativen Demokratie wenden und Überschneidungen im Wähler- bzw. Sympathisantenmilieu aufweisen – allen strategischen Differenzen zum Trotz (Vorländer et al. 2016: 40ff.). Wir wollen argumentieren, dass sich in diesen Milieus ganz Unterschiedliches verbindet: Erstens: Eine Parteienkritik, die für die deutsche Geschichte nichts Neues ist, sondern sich mit der Gründung der ersten Parteien aktiviert und seither über das gesamte politische Spektrum hin aktualisiert (Siri 2012). Zweitens: Eine Kritik an etablierten Medien (und anderen Funktionseliten), denen vorgeworfen wird, sich zum Gehilfen der Regierung zu machen. Auch diese Kritik ist altbekannt. Drittens: Ein Plädoyer für Volkssouveränität abseits des Parlamentarismus und ein Eintreten für Volksabstimmungen über Globalisierungsfolgen (wie Migration). Und viertens nutzen Partei und Unterstützermilieu moderne Medien zur Herstellung eines Kollektivs abseits der Welt der Interaktion unter Anwesenden. In diesen Praktiken des Mediengebrauchs liegt ihr Erfolg ebenso begründet

1 Der Milieubegriff dient uns daher auch nicht als Strukturbegriff sondern als Suchbegriff, um in wissenssoziologischer Absicht die Besonderheiten des die AfD umgebenden politisch-kommunikativen Resonanzraumes zu ordnen.

wie ihre Toleranz im Umgang mit programmatischen und ideologischen Abweichungen. Dabei ist zu beachten, dass der Einsatz des digitalen Mediums die altbekannten Argumente in eine neue Form bringt und spezifische Anschlussfähigkeiten generiert.

Es sind in Deutschland nicht nur die »Altparteien«, die als gewohntes Feindbild des rechtspopulistischen Diskurses »abgewrackt« gehören, sondern zunehmend auch mediale Akteure (»Lügenpresse«) oder (vermeintliche) gesellschaftliche Mehrheiten (»links-grün-versiffter Mainstream«), denen zum Teil mit offener Feindlichkeit, nicht selten mit einem verschwörungstheoretisch überformten Blick auf politische Prozesse begegnet wird. Dem pluralistischen Modell stellen Rechtspopulisten einen mehrheitsdeziisionistischen Demokratieentwurf entgegen, dessen Kern von einem nativistischen Begriff von »Volkssouveränität« gebildet wird (Mudde 2007). Dabei ist auch zu beachten, dass es sich bei jüngeren rechtspopulistischen Bewegungen und Organisationen um international vernetzte und sich gegenseitig inspirierende Gefüge handelt, was zur Übernahme und Adaption politischer Strategien sowie einem internationalen Resonanzrahmen in den Sozialen Medien führt. Diese Parteien sind also nicht nur traditionalistische Wiedergänger einer totgeglaubten reaktionären Politik im Sinne eines oft konstatierten »Backlashes«, sondern eben auch sehr modern und international.

Anhand einer theoriegeleiteten Interpretation quantitativer und qualitativer empirischer Daten wollen wir uns daher im Folgenden fragen, inwiefern sich in der Bundesrepublik ein solches neues Milieu in der AfD und in ihrer politischen und publizistischen Umwelt konstituiert und organisiert. Dabei richten wir den Blick nicht nur auf jene, die nachweislich eine Mitgliedschaft der Partei besitzen, sondern wollen, wie es sich bei der Entstehung einer neuen Partei stets anbietet, auch den aktivistischen Resonanzraum im Netz und auf Demonstrationen beachten. Hierzu verwenden wir theoretisch die Arbeiten Mannheims zur Differenzierung des Konservatismus (vgl. Mannheim 1984; Siri 2016) wie auch in empirischer Hinsicht Daten über die Sympathisantenstruktur der Partei und Eindrücken aus der Analyse von Social-Media-Kommunikationen.

Die politikwissenschaftliche Forschung hat bereits Fragen nach der Veränderung des Parteiensystems mit Blick auf die AfD ergründet. Auf den vorliegenden Studien, die die Einstellungen von Wählern und Sympathisanten (Berbuir et al. 2015; Wagner et al. 2015), die programmatische bzw. ideologische Verortung (Arzheimer 2015; Franzmann 2014; Häusler 2013; Jankowski et al. 2016; Lewandowsky et al. 2016) sowie die sie tragenden Netzwerke untersucht haben (Bebnowski 2015), bauen wir auf. Im zweiten Abschnitt werden wir bisherige Forschungsergebnisse im Hinblick auf unsere Fragestellung vorstellen und diskutieren. Wir werden außerdem die Geschichte der Partei AfD in den Blick nehmen, da die Entwicklung der Partei und ihrer Programmatik auch als Interaktion mit und Suche nach einer stabilen Milieufundierung interpretiert werden kann. Hierfür spricht

unter anderem die Heterogenität der Aussagen zur Programmatik im Vorgang des Programmparteitages und das »Testen« besonders »skandalöser« Aussagen, zum Beispiel zur Migration durch prominente Vertreter und Vertreterinnen der Partei (Berbuir et al. 2015).

Angesichts der europaweit erstarkenden Parteien ähnlicher Prägung betrachten wir den deutschen Fall spezifisch, aber auch prototypisch: Mittels einer wissenschaftssoziologisch-systemtheoretischen Analyse wollen wir danach fragen, wie sich neue rechtspopulistische Bewegungen in pluralisierten, transnationalen Öffentlichkeiten bilden und stabilisieren. Dabei spielen für uns Netzbewegungen, die als publizistisches Reservoir der jungen Partei bezeichnet werden können, eine wichtige Rolle im dritten Abschnitt des Aufsatzes. Theoretisch wollen wir auch die Grenze von Organisation und Massenmedien/Sozialen Medien in den Blick nehmen. Wir vermuten, dass in diesen Verhältnissen die Selbststabilisierungsleistungen neuer politischer Gruppierungen der Rechten zu suchen sind. Diese Erörterung folgt in Abschnitt 4. In einem Fazit (Abschnitt 5) werden wir abschließend die Erfolgsbedingungen identitärer² Demokratie im Umfeld der Partei AfD und deren Abgrenzung zum Konservatismus diskutieren (Mannheim 1984, vgl. auch Mannheim 1980; Siri 2016). Dahinter steht die aus den Daten begründete Vermutung, dass die aktuellen Bewegungen des Rechtspopulismus nur zu verstehen sind, wenn neben sozialstrukturellen und elektoralen Daten auch ein Blick auf die Nutzung von Medien und medienevolutionäre Entwicklungen geworfen wird.

Forschungsstand: Die Alternative für Deutschland und ihr aktivistischer Resonanzraum im Netz und auf Demonstrationen

Der Begriff des Populismus

Der Begriff des Populismus wird aktuell in öffentlichen Debatten oft und nicht immer mit der erforderlichen begrifflichen Tiefenschärfe genutzt. Er löst sich von der wissenschaftlichen Diskussion, die bereits eine jahrzehntelange Geschichte hat, ab. »Das Problem des Rechtspopulismusbegriffs liegt darin, dass er nicht nur eine wissenschaftliche Analysekategorie darstellt, sondern zugleich als wertgeladener Kampfbegriff in der politischen Auseinandersetzung erhalten muss.« (Decker 2015a: 221). Auch die Forschung hat lange Zeit um ein gemeinsames Begriffsverständnis gerungen. Es ging dabei zuvorderst um die Frage, ob sich ein solches

2 Der Begriff des Identitären bezeichnet dabei eine Strategie politischer Programmatik und Kommunikation, die Homogenität einer nationalen und kulturellen Großgruppe zu bezeichnen und gegen die Modernität einer pluralisierten Demokratie in Stellung zu bringen.

Phänomen, das sich ja gerade durch seine Kontextabhängigkeit und Wandlungsfähigkeit auszeichnet, überhaupt definitorisch fassen lasse (Decker 2004: 21ff.). Inzwischen kann die Definition von Mudde (2004, 2007) als politikwissenschaftlicher *state of the art* gelten, nicht zuletzt auch deshalb, weil diese sich zur empirischen Arbeit heranziehen lässt (Siehe hierzu beispielsweise Pauwels 2011; Rooduijn/Pauwels 2011; Lewandowsky et al. 2016.). Nach Muddes »Kernkonzept« des Populismus (2004) besteht dieser im Appell an das »Volk«, das gegen die politischen Eliten mobilisiert werden soll. Das Volk wird dabei nicht in der Unterschiedlichkeit seiner Interessen, sozio-ökonomischen und -kulturellen Merkmale adressiert. Gemeint ist vielmehr eine vermeintlich schweigende Mehrheit, der ein einheitlicher politischer Wille unterstellt werden kann. Im Gegensatz dazu attestieren Populisten gewählten Vertretern, diesen Volkswillen in ihren Entscheidungen nicht zu berücksichtigen, sei es durch Unfähigkeit, Ignoranz oder böse Absicht. Politische Repräsentanten gelten nicht als Vollzugsorgan diverser Interessen innerhalb des Volkes, sondern als Hemmschuhe bei der Vollstreckung der *volonté générale*. Jenseits seiner ideologischen Zuordnung (grob als Links- oder Rechtspopulismus) wohnt dem Populismus daher ein anti-pluralistisches Element inne. Er richtet sich gegen politische Eliten und »das Establishment«, gegen den – vermeintlichen – medialen Mainstream sowie zumindest in der Konsequenz auch gegen rechtsstaatliche Arrangements, die den Willen der Mehrheit zugunsten des Minderheitenschutzes beschneiden. Der anti-elitäre Habitus richtet sich dabei nicht nur gegen das politische »Establishment« selbst, sondern weitet sich auf die Massenmedien aus. »Die Medien« spielen in populistischen Diskursen nicht die Rolle unabhängiger Berichterstatter, sondern bilden zusammen mit den politischen Eliten und Institutionen der repräsentativen Demokratie ein diffuses »Kartell«, dem gleichsam ein gemeinsamer Betrug am Volk, Lügen und gezielte Desinformation vorgeworfen werden.

Obwohl der Populismus nach dieser Definition zunächst nicht ideologisch konnotiert ist, ja sogar an verschiedene Weltanschauungen anschließen kann, ist der Großteil der populistischen Bewegungen im rechten politischen Spektrum verortet (Decker 2004: 29). Das überrascht nicht, geht mit der anti-pluralistischen Komponente doch auch zumindest eine implizite Befürwortung autoritärer Demokratiekonzeptionen einher, in denen eine den Volkswillen verkörpernde charismatische Führungspersonlichkeit die Bedürfnisse der vermeintlichen Mehrheit gegen alle Widerstände – also auch die der Jurisprudenz – durchsetzt. Gleichwohl finden wir originär populistische Parteien auch auf der Linken vor, etwa in Gestalt der griechischen Syriza. So ist der Angriff auf das politische Establishment auch insofern nicht unpolitisch, als die Eliten als Schuldige für vermeintlich verfehlte Politiken identifiziert werden: aus ordo-liberaler Perspektive die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise, aus konservativer Sicht die Erosion traditioneller Lebensweisen (und die zunehmende Sichtbarkeit alternativer Konzepte) sowie »Masseneinwanderung« und »Islamisierung«.

In der Praxis also ist Populismus ideologisch attribuiert. In seiner definitiven Reinform als Appell an die unbedingte *Souveränität* des Volkes zu verstehen, rekurriert der Rechtspopulismus zugleich auf die kulturelle *Identität* des Volkes. Von Mudde als »Nativismus« bezeichnet, wird das Bedrohungsszenario gewissermaßen auf die Außengrenzen der Nation ausgeweitet: Unterstellt wird, dass die kulturelle Integrität des Volkes durch »Fremde« bedroht würde. Wer diese Fremdgruppen sind, hängt maßgeblich vom jeweiligen nationalen Kontext ab: Im Gegensatz zu geschlossenen rechtsextremen Ideologien bezieht sich der Rechtspopulismus auf die jeweilige nationale Mehrheitsethnie, nicht etwa auf einen paneuropäischen Volksbegriff. So richtet sich der westeuropäische Rechtspopulismus gegen den Islam, während sich osteuropäische Parteien im Zuge irredentistischer Staatskonzeptionen gegen nationale und regionale Minderheiten wenden (Pirro 2014).

Die AfD: vom funktionalen Äquivalent zur rechtspopulistischen Alternative im Parteiensystem?

Die Geschichte der AfD kann aus unserer Perspektive als Suchbewegung einer jungen, heterogenen Organisation nach einem Trägermilieu des Rechtspopulismus in Deutschland verstanden werden, als eine Suchbewegung nach moderner Kollektivität. Es ist daher notwendig, die Geschichte der Partei zumindest kurz zu adressieren, bevor wir in eine medien- und gesellschaftstheoretische Diskussion eintreten.

Die AfD wurde im Februar 2013 ins Leben gerufen. Die Gründung der AfD resultierte zunächst aus einer ungleich längeren Entwicklung im konservativen Spektrum, die mit dem bürgerlichen Protest gegen die Maastrichter Verträge ihren Ausgang nahm (Decker 2015b). Der euroskeptische Bund Freier Bürger (BFB) entstand als frühe Vorgängerpartei der AfD, konnte sich allerdings nicht im Parteiensystem etablieren. Auch die unmittelbare Vorgängerorganisation der AfD, die »Wahlalternative 2013«, nahm zunächst nicht die Form einer Partei an, sondern kandidierte bei der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013 auf der Liste der Freien Wähler. Als diese den Einzug in das Landesparlament verpassten, brachte eine Gruppe liberaler Ökonomen um Bernd Lucke, Joachim Starbatty und Hans-Olaf Henkel die Gründung der AfD in Parteienform auf den Weg. Auch der ehemalige Leiter der hessischen Staatskanzlei Alexander Gauland befand sich unter den Gründungsmitgliedern.

In den ersten beiden Jahren offenbarte die AfD eine gewisse Doppelgesichtigkeit. Zwar zeigte sie ein klar populistisches Profil, indem sie die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise ebenso wie das Demokratiedefizit der Europäischen Union dem Verschulden der politischen Eliten auf nationaler wie europäischer Ebene zuschrieb (Franzmann 2014). Allerdings fehlten ihr die für Rechtspopulis-

ten typischen nativistischen Elemente in Gestalt von Islamfeindlichkeit oder anderen Formen der Xenophobie (Arzheimer 2015). Zugleich spielten Akteure der Partei (u.a. über Soziale Medien) vereinzelt Angriffe gegen den Islam oder Gender Mainstreaming, ohne dass dies Eingang in die offizielle Linie der Partei gefunden hätte. So war die AfD zunächst keine offen rechtspopulistische Partei, sondern im soziologischen Sinne ein »funktionales Äquivalent« für eine rechtspopulistische Partei in der BRD (Berbuir et al. 2015: 173).

Allerdings zeigen verschiedene Studien, dass die AfD von Beginn an bereits rechtspopulistische Merkmale aufwies, die lediglich nicht offen zutage traten. Zwei Beispiele seien hier angeführt. So kann Bebnowski (2015) deutlich machen, dass die Partei schon in der Gründungsphase nicht nur von ökonomischen, sondern auch von gesellschaftspolitischen Netzwerken getragen wurde, etwa der »Zivilen Koalition« unter Vorsitz der späteren Europaabgeordneten Beatrix von Storch. Gauland konstatierte bereits im Dezember 2013 öffentlich, dass sich in der AfD Menschen zusammengefunden hätten,

»für die eine Familie aus Vater Mutter und Kind besteht [und] die Zuwanderung besonders in unsere Sozialsysteme nicht automatisch als einen Gewinn ansehen und denen die Buntheit mancher Lebensformen für ein Land, in dem die Kinder fehlen, zu bunt erscheint« (zit. n. Berbuir et al. 2015: 177).

Das zeigt sich zweitens auch in dem Antreten der Partei zur Bundestagswahl 2013. Galt die AfD hier noch als euroskeptisch, aber nicht rechtspopulistisch, zeigt die Untersuchung der Kandidaten zur Bundestagswahl (Lewandowsky et al. 2016), dass unter diesen rechtspopulistische Einstellungsmerkmale bereits ausgeprägt waren.

Konzentrierte sich die AfD jedoch bis zur Europawahl 2014 auf das Euro-Thema, so rückten anlässlich der Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Herbst 2014 gesellschaftspolitische Fragen zunehmend in den Mittelpunkt der Kampagnen (Lewandowsky 2015: 127). Dabei plädierte die AfD etwa für ein Einwanderungsmodell nach kanadischem Vorbild. Zugleich bildete sich ein interner Konflikt zwischen einer um Bernd Lucke organisierten, medial häufig als »moderat« adressierten Gruppe und einem nationalkonservativen Personenkreis heraus, dem u.a. der thüringische Partei- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke angehörte. Die Spannungen entzündeten sich zum einen am Führungsanspruch und -stil Luckes, der formal lediglich Co-Sprecher neben Frauke Petry war und den alleinigen Vorsitz anstrebte, zum anderen am Verhältnis zur sächsischen Pegida-Bewegung. In einem Papier, das den Titel »Erfurter Resolution« trug, forderten die Unterzeichner – darunter Björn Höcke und der spätere sachsen-anhaltische Fraktionschef André Poggenburg – den Schulterchluss mit Pegida und eine insgesamt konservativere Ausrichtung der Partei. Im Gegenzug organisierte sich um Lucke ein Verein mit der Bezeichnung »Weckruf 2015«, der sich gegen einen Rechtsruck der Partei zu stemmen suchte.

Am 4. Juli 2015 löste Frauke Petry den bisherigen Vorsitzenden ab; ihr Co-Sprecher wurde der Ökonom und baden-württembergische Landesvorsitzende Jörg Meuthen. Nachdem sich eine Gruppe um Lucke, Starbatty, Hans-Olaf Henkel und Ulrike Trebesius von der AfD abgespalten und eine neue Partei unter dem Akronym ALFA (Allianz für Fortschritt und Aufbruch) gegründet hatte – die sich nach einem Rechtsstreit im November 2016 in LKR (Liberal-Konservative Reformer) umbenannte und an den Wahlurnen erfolglos blieb – konzentrierte sich die AfD auf gesellschaftspolitische Themen und bildete in der Folgezeit ein deutlich konservativeres Profil aus. Was sich zuvor lediglich bei Kandidaten und Sympathisanten gezeigt hatte, schlug sich nun auch im offiziellen Grundsatzprogramm nieder.

Auch wenn der innerparteiliche Richtungsstreit 2015 zugunsten der konservativen Faktionen entschieden wurde, entzündeten sich Konflikte immer wieder an der zunehmend sichtbaren Radikalität einzelner Funktionäre und Mandatsträger. Der Antisemitismus-Streit um den baden-württembergischen Abgeordneten Wolfgang Gedeon, der zur Spaltung (und später zur Wiedervereinigung) der Landtagsfraktion führte, präsentiert dafür ebenso ein Beispiel wie die Bemühung des Bundesvorstandes, Björn Höcke aufgrund seiner Weimarer Rede, in der er das Berliner Holocaustdenkmal als »Mahnmal der Schande« bezeichnet hatte, aus der Partei auszuschließen. Die AfD wird also bis heute durch innerparteiliche Spannungen geprägt. Deutlich wird in der Gesamtschau auch, dass die programmatischen Änderungen nicht nur als Kämpfe zwischen ideologischer Abgrenzung von Gruppen innerhalb der Partei, sondern vielmehr als Suchbewegung nach einer stabilen Entsprechung im Elektorat verstanden werden können. Dabei spielen nicht nur sachlich-thematische Abgrenzungen eine Rolle, sondern es kommt auch eine affektiv-sozialpsychologische Dimension zum Tragen. Die Ansprache und Reaktionen des Unterstützungsmilieus via Social Media scheinen hierfür relevanter als Verhandlungsprozesse innerhalb der Partei zu sein, die oft sehr kurz ausfielen und vor allem das Abstimmen großer Programmböcke per Akklamation beinhalteten.

Gibt es ein rechtspopulistisches Trägermilieu? Suchbewegungen in Organisation, Bewegung und medialem Resonanzraum

Unsere Fragestellung lautet also: Wie sieht das Trägermilieu rechtspopulistischer Politiken aus und wie verbinden sich Organisation, Medien und soziale Bewegung im spezifischen Fall des aktivistischen Milieus um die Alternative für Deutschland? Dies ist freilich eine große Frage und wir erwarten nicht, dass diese schnell ausdiskutiert oder anhand weniger Daten zu beantworten ist. Jedoch können wir an den bisher zur Verfügung stehenden Daten bereits zeigen, dass der aktuelle Rechtspopulismus sich von dem der 1990er Jahre in dem Sinne unterscheidet,

dass neue Aktivismen und Freiheitsgrade in der ideologischen Diskussion deutlich werden, die (auch) medialen Effekten geschuldet sind. Es scheint, dass die rechts-populistischen Filter-Bubbles eine eigentümliche Toleranz für Abweichung ebenso mit sich führen wie auch die Möglichkeit zur Ausblendung nicht oder zumindest nicht auf den ersten Blick wahrheitsfähiger Aussagen von Parteimitgliedern und Unterstützern. Diese medialen Verhandlungen abseits der Organisationswirklichkeit erleichtern die Konstitution von Kollektivität erheblich und damit ist es so interessant wie notwendig, nach den Gemeinsamkeiten eines auf den ersten Blick chaotischen und heterogenen Umfelds der AfD zu suchen.

Die Fragestellung lässt sich unseres Erachtens nur diskutieren, wenn unterschiedliche Datensorten einer theoretisch geschulten Interpretation zugänglich gemacht werden.³ Besonders geeignet scheint uns eine Verbindung wissenssoziologischer und systemtheoretischer Interpretation, da erstere die verschiedenen Dimensionen einer Kollektivitätsbildung und -stabilisierung in den Blick nimmt und zweitere sowohl Sach- als auch Zeit- und Sozialdimension des Politischen für eine soziologische Beobachtung offen hält, während die Parteienforschung häufig nur die sachlich-thematische Dimension der Programmatik und wenige, z.B. sozialstrukturelle Faktoren der Milieubildung untersucht.

Untersuchungen des Wähler- und Unterstützermilieus

Bei der Untersuchung des Wähler- und Unterstützermilieus rechtspopulistischer Parteien ist zum einen zwischen den sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Merkmalen, zum anderen zwischen unterschiedlichen ideologischen Verortungen sowie externen Faktoren zu unterscheiden, die die Unterstützung dieser Parteien begünstigen. Zugleich stellt sich die Frage, wie die Kommunikation zwischen Unterstützern und Partei sich praktisch vollzieht (siehe Abschnitt 4).

Eine klassische Vorstellung besteht darin, dass Rechtspopulisten Profiteure von Modernisierungsprozessen seien. Rechtspopulisten erhalten demnach klassischerweise Zulauf aus jenen sozialen Gruppen, die von den negativen Folgen ökonomischer Entwicklung stark betroffen sind. Die sogenannte »Modernisierungsverlie-

3 Bevor wir in die Analyse eintreten, gilt es, diese Daten und die Form der Interpretation kurz vorzustellen. Die Datengrundlage für unsere Überlegungen bilden die folgenden Arbeiten: Die Daten für die Wähler und Sympathisanten der AfD entnehmen wir Berbuir et al. 2015, Kroh/Fetz 2016 sowie Niedermayer/Hofrichter 2016; die Daten zu Wählern rechtspopulistischer und -extremer Parteien entstammen Arzheimer 2011 sowie Arzheimer/Carter 2006. Für die ideologische Verortung der Partei sowie deren Kandidaten wurden Arzheimer 2015 und Lewandowsky et al. 2016 konsultiert. Bei der Betrachtung des Parteienwettbewerbs rekurrieren wir auf Wagner et al. 2015. Qualitative Daten sind entnommen dem Datenkumulus für ein Habilitationsprojekt an der LMU München zur »Emergenz des politischen Selbst. Die Politik der Vereinzelten und Probleme der Synchronisierung« von Jasmin Siri, vgl. z.B. Siri 2015, 2016.

rerthese« (Spier 2006) fand in den letzten Jahren einigen Zuspruch, nicht zuletzt öffentlich, da beispielsweise immer wieder auf die hohen Anteile von Arbeitslosen an der Wählerschaft von Rechtspopulisten im internationalen Vergleich hingewiesen wurde. Rechtspopulisten schienen in einigen europäischen Ländern Sozialisten und Sozialdemokraten als Vertreterinnen der Arbeiterschaft abgelöst zu haben. Spier zeigt, »dass es einen inneren Zusammenhang zwischen krisenhaft verlaufenden Modernisierungsprozessen und der Unterstützung populistischer Parteien und Bewegungen gibt« (ebd.: 65): so lag der Anteil von Angehörigen des Mittelstandes (Handwerker, Ladenbesitzer), Arbeitern und Arbeitslosen in der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien zum Teil sehr hoch (ebd.: 54). Der »typische« Wähler der populistischen bzw. extremen Rechten ist demnach männlich, weiß und verfügt über einen niedrigen bis mittleren formalen Bildungsgrad (Arzheimer 2011). Auch unter den AfD-Wählern sind Arbeiter und Arbeitslose überdurchschnittlich hoch vertreten, wobei sich deren Anteil seit Gründung der Partei sukzessive erhöht hat, während der der anderen Gruppen relativ stabil geblieben ist (Kroh/Fetz 2016: 715)⁴. Das Problem der »Modernisierungsverliererthese« ist jedoch der kausale Mechanismus, den sie impliziert, so als ob mit einem bestimmten sozialen Status auch die Unterstützung bestimmter rechtspopulistischer Parteien einherginge. Jüngere Befunde legen eine differenziertere Sicht nahe, und zwar zum einen hinsichtlich der externen Faktoren, zum anderen bezüglich der individuellen Einstellungsmerkmale.

Erstens: Tatsächlich steigt die Wahrscheinlichkeit, Parteien des rechten Rands zu unterstützen, in der bereits erwähnten Gruppe junger, weißer Männer im industriellen Sektor (Arzheimer/Carter 2006: 439). Die Befunde können den Wahlerfolg dieser Parteien jedoch nicht in Gänze erklären. Vielmehr profitieren Arzheimer und Carter zufolge Rechtsparteien von systemischen Faktoren: Zum einen steigen ihre Wahlergebnisse, wenn sich zuvor eine konservative Partei des politischen Mainstreams selbst rechts positioniert hat, zum anderen dann, wenn große Koalitionen herrschen. Spies und Franzmann haben zeigen können, dass Rechtsparteien von der mangelnden ideologischen Polarisierung der *mainstream parties* profitieren, und zwar sowohl auf der ökonomischen als auch auf der kulturellen Konfliktlinie des politischen Wettbewerbs (Spies/Franzmann 2011). So passt es auch ins Bild, dass die AfD bei der ersten Bundestagswahl von den Wählern im politischen Spektrum nur unweit rechts der Union stehend verortet wurde, während gerade die CDU stark in Richtung Zentrum gerückt war (Wagner et al. 2015).

Zweitens: Verschiedene Studien haben sich der Frage angenommen, inwiefern bestimmte Einstellungsmerkmale und Themenorientierungen bei der Wahl rechtspopulistischer bis -extremer Parteien eine Rolle spielen. Sie schließen damit – zu-

4 Auf Basis von Umfragedaten kommen Niedermayer/Hofrichter 2016 zu einem gegenläufigen Schluss.

mindest implizit – an die Überlegung an, dass es sich bei Rechtspopulisten um Protestparteien handle, die jenseits ihrer ideologischen Verortung Wählerpotentiale mobilisieren können. Demgemäß wäre also die Wahl rechtspopulistischer Parteien zum großen Teil nur der Tatsache geschuldet, dass es sich um eine Alternative zum Mainstream handelt, unabhängig von ihrer ideologischen Positionierung. Jedoch haben Akkerman und andere für die Niederlande demonstriert, dass die Wähler der rechtspopulistischen *Partij voor de Vrijheid* (PVV) durch anti-pluralistische und elitistische Haltungen gekennzeichnet sind (Akkerman et al. 2014). Andere Arbeiten zeigen zugleich, dass langfristige Einstellungen sowie Themenorientierung bei der Motivation, für Rechtspopulisten zu stimmen, eine gewichtige Rolle spielen.

Mit Blick auf die AfD konnte gezeigt werden, dass deren Sympathisanten keineswegs »ökonomisch prekäre« Protestwähler sind, sondern über einen mittleren bis hohen Bildungsgrad sowie über ein mittleres bis hohes Einkommen verfügen. Zugleich waren ökonomische Einstellungsmerkmale von denen der Sympathisanten anderer Parteien weniger verschieden als die ablehnende Haltungen gegenüber dem Islam sowie die Befürwortung traditioneller familiärer Ordnungen (Berbuir et al. 2015). Schwarzbözl und Fatke haben hohe Kongruenz zwischen der Programmatik der AfD und ihren Unterstützern herausgearbeitet, und zwar zum einen in der Ablehnung der politischen Eliten, zum anderen in kulturellen Fragestellungen. Die kulturelle Dimension politischer Auseinandersetzung bietet also für den Fall dieser Partei mehr Aussagekraft als die ökonomische Dimension. Hierfür spricht auch, dass qualitative Analysen der Social-Media-Kommunikation eine besondere Beachtung und Resonanz für Themen wie »(Anti-)Political Correctness« oder sog. »(Anti-)Gender« zeigen, mithin keine starken Auseinandersetzungen über Fragen der Wirtschaftspolitik, die die Partei für sich in der Gründungsphase als Kerngeschäft definierte. In sozialen Medien und Parteigliederungen werden darüber hinaus das »Home Schooling« (als Abwehr gegen die »sozialistische« und »früh-sexualisierende« Erziehung in Schulen) wie auch die »Zerschlagung« des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (»Staatsmedien«, »Lügenpresse«) diskutiert.

Auch in anderen Kontexten lässt sich ersehen, dass die ökonomische Situation weniger Aussagekraft für die Wahl einer rechtspopulistischen Partei hat als politisch-kulturelle Einstellungsmerkmale (Schwarzbözl/Fatke 2016). Erste Arbeiten, die sich mit der Wählerschaft Donald Trumps bei der jüngsten US-Präsidentenwahl befassen, deuten an, dass die Unterstützung des rechten Kandidaten vielmehr von der Befürwortung von Rassismus und Sexismus abhängt als von der konkreten ökonomischen Situation der Wähler (Schaffner et al. 2017).

Kurzum profitiert der Rechtspopulismus zwar zu einem großen Teil innerhalb auch ökonomisch bestimmbarer Gruppen; hohe Wahlergebnisse sind aber vor allem auf die Aktivierung des Wählerpotentials durch im weiteren Sinne politische Faktoren, die kulturelle Konfliktlagen adressieren. Diese finden ihren Resonanz-

und Testraum nicht zuletzt in Netzöffentlichkeiten, auf die wir nun eingehen wollen.

»Post-Truthism«? Netzpolitiken als publizistischer Resonanzraum der Partei Alternative für Deutschland

Das rechtspopulistische Elektorat ist also durchaus heterogen, ebenso heterogen sind ihre Unterstützungsstrukturen im Netzaktivismus. Durch die Eigenlogik der Netzkommunikation – hier fordert die Welt der Algorithmen, geordnet von ökonomischen Akteuren, denen es vor allem darum geht, dass wir uns lange im Medium aufhalten, geradezu dazu auf, sich nur in den »eigenen Kreisen« zu bewegen – wird es wahrscheinlicher, eher auf politisch Gleichgesinnte zu treffen als auf Gegner.

Blickt man auf Blogs und das publizistische Umfeld der AfD in den Sozialen Medien Twitter und Facebook, so wird deutlich, dass dieses Milieu sehr differente Ansätze verfolgt und sich besonders mittels einer Kritik der und Abgrenzung von Funktionseliten (dem »Mainstream«) beschreibt. Vielfach wird zum Beispiel Misstrauen gegenüber den etablierten Medien artikuliert, zur Vorsicht gegenüber diesen aufgerufen und das Engagement in Social Media nicht zuletzt damit begründet, dass die etablierten Medien als »Staatsmedien« kein Interesse an unabhängiger Berichterstattung hätten. Ebenso kritisch werden Wissenschaft und etablierte Politik gesehen.

Im Netz und auf Demonstrationen entstand so in den letzten Jahren eine (wenngleich heterogene) Gegenkultur mit eigenen Medien, eigener Sprache und eigenen identitätsstiftenden Geschichten. Und dies geschieht nicht nur auf Facebook oder Twitter. So lässt sich im Videomedium Youtube eine Vielzahl von selbstproduzierten bzw. -geschnittenen und kommentierten Videos finden, die Positionen der Partei AfD und ihres Umfeldes artikulieren bzw. in denen sich auf die Partei und ihre Protagonisten bezogen wird. Die Nutzerinnen und Nutzer formulieren einen Vertrauensverlust in jene Medien (»Lügenpresse«), denen sie eine zu große Nähe zur Regierung und den »Altparteien« vorwerfen und weisen dies unter anderem durch kritische Berichterstattungen über die AfD nach. Ein weiteres sich wiederholendes empirisches Moment dieses Vorwurfes ist die Berichterstattung über Migrationsbewegungen und Migrationsfolgen, insbesondere die positive Berichterstattung im Sinne des von der Bundeskanzlerin Angela Merkel geäußerten Diktums »Wir schaffen das«. Die Beiträge skandalisieren zudem eine Nicht-Berichterstattung über Kriminalität von Geflüchteten und Migranten. Bspw. kritisieren die User eine Abwehr etablierter Medien, über negative Folgen der Migration zu berichten, wie beispielsweise über die sexualisierten Übergriffe auf der Kölner Domplatte zum Jahreswechsel 2016. Und auch das Thema »Gender« wird wie oben schon kurz angeschnitten, als ein Beispiel für eine überbordende

political correctness herangezogen, die oft Thema kritischer Auseinandersetzung ist (Siri 2015).

Anders als bei anderen bzw. älteren Parteien und Bewegungen fiel bei der Analyse besonders die Heterogenität und Toleranz der Unterstützer gegenüber »eigentlich« ideologisch nicht widerspruchsfrei vermittelbaren Argumenten auf. In und um die Partei AfD finden sich zahlreiche Blogs und Social-Media-Accounts, in denen das Personal und die Aktivitäten der Partei diskutiert und propagiert werden. Dabei handelt es sich weniger um eine durch die Partei instruierte als um eine vielfältige und ideologisch breite Bewegung, die sich – die zuvor genannte Toleranz oder auch Ignoranz als kommunikative Strategie nutzend – vor allem anhand von Querschnittsthemen und die Abwehr von als etabliert und diskursmächtig empfundenen Positionen der Linken und Liberalen definiert. Gemeinsame Themen rekrutieren sich primär aus kulturellen Kämpfen, die anhand der Ausarbeitung von Feindbildern Schließung finden. Wir können also hinsichtlich des Unterstützermilieus durchaus von einer Sammlungsbewegung sprechen, die Differenzen aushält, um Homogenität zu erzeugen. Relevant sind diese Formen der Kommunikation in Sozialen Medien, weil sie als ein Testraum für Themen rechtspopulistischer Themen ebenso genutzt werden wie als Zuträger von möglichen Skandalen und als publizistische Unterstützungsstruktur.

Es nimmt also nicht Wunder, dass sowohl Partei als auch Unterstützer in Sozialen Medien überdurchschnittlich stark aktiv sind. Das Abtesten von konsensfähigen Themen wird intentional wie intuitiv anhand der Beobachtung eines Resonanzraumes im Netz vollzogen, weniger als durch eine Beobachtung der etablierten Medien. Durch das Drehen eigener Videos, Podcasts und Blogs wird zudem eine publizistische Struktur für das Trägermilieu (nicht zuletzt aus diesem heraus) erzeugt.

In Sozialen Medien werden also Themen getestet und auch gesetzt, wie der Umgang der Partei mit Gender-Themen sehr deutlich gezeigt hat. So war das Thema »Anti-Gender« in Sozialen Medien Jahre vor einer programmatischen Umsetzung im Parteiprogramm bereits stark vertreten und Inhalt vieler Netzkampagnen der Partei und ihres publizistischen Umfeldes. Durch vielfältige Interaktionen zwischen Parteifunktionären und Sympathisantenmilieu wurde deutlich, dass das Thema, wenngleich es zunächst nicht auf der Agenda der Partei stand, starke Bindungswirkung und publizistische Wirkung in den Sozialen Medien erzeugen konnte und dementsprechend relevant wurde es für die spätere Selbstdarstellung der Partei (ebd.).

Zahlreiche Kommunikationen formulieren seither auf den alternativen Kanälen der Sozialen Medien ein »Wir schaffen das nicht«, welches mit Beispielen – zum Beispiel über deviante Geflüchtete oder skandalisierbare Geschichten über islamischen Terrorismus und die Unterdrückung von Frauen im Islam – unterlegt wird. Dabei wird teilweise auf real nachvollziehbare Ereignisse verwiesen und die

Form der Berichterstattung an Beispielen kritisiert. Zugleich finden sich aber auch viele Berichte, die im Sinne verschwörungstheoretischer Logik auf polizeilich nicht nachvollziehbare Verbrechen von Migranten an der ›deutschen Bevölkerung‹ verweisen. Nicht stattgefundene – bzw. erfundene – Vergewaltigungen spielen hier eine große Rolle, ebenso Berichte über angebliche Plünderungen von Supermärkten. Die Gefährdung des Nahbereichs der Bevölkerung wird dabei als »Volksverrat« durch die etablierte Politik der »Altparteien« diskutiert. Derlei Phantasien ließen sich einerseits (und rein rational) leicht mittels Fakten widerlegen, finden aber (und so manifestiert sich ihre Persistenz) ihren Resonanzraum in einem Milieu, das es für sehr plausibel hält, dass derlei Vorgänge von einer herrschenden Clique aus Medien und Politik verdeckt und vertuscht werden sollen. Der Widerspruch gegen eine Verschwörungstheorie oder gegen ›Fake News‹, die dem rechtspopulistischen Narrativ zuträglich sind, macht einen Abbruch der Kommunikation oder eine Verlagerung dieser in ein Freund/Feind-Schema, das Gegenargumente aus sich heraus widerlegt, wahrscheinlich.

Es entsteht so eine Teilöffentlichkeit, in der der Widerspruch gegen einzelne Vorfälle entweder nicht geglaubt oder mittels Verweis auf einen weiteren Vorfall gekontert wird. Im zweiten Fall wird die Gegenargumentation kommunikativ nicht widerlegt, sondern anhand der Nennung weiterer Beispiele für die eigene These herausgefordert. Beide Formen ermöglichen hohe Stabilität und Kohärenz der Social-Media-Kommunikation des Unterstützermilieus. Sie ermöglichen eine starke Schließung und Abschottung des Milieus von dem, was als »Mainstream« gelesen wird.

Das Netz als publizistischer Resonanzraum: Suchbewegungen der Kollektivität

Wie können wir diese empirischen Hinweise nun theoretisch einordnen? Wie stabilisiert sich das rechtspopulistische Milieu? Und was bedeutet es, wenn Teile der Öffentlichkeit – also des Publikums – die Verfahren und die Entscheidungen nicht als kollektiv verbindlich ansehen und dem Parlamentarismus die Forderung nach Volksbefragungen entgegenrufen? Zur Bearbeitung dieser Fragen scheint es uns nötig zu sein, eine gesellschaftstheoretische Perspektive einzuführen, mit der die Grenzen von Organisation, Massenmedien und Sozialen Medien scharf gestellt werden, um die Stabilisierungsbedingungen des aktuellen Rechtspopulismus zu ergründen.

Herkömmliche soziologische Perspektiven auf politische Öffentlichkeiten ›vor dem Computer‹ gehen davon aus, dass Gatekeeper und Dominanz über relevante Themen ein notwendiger Selektionsmechanismus sei, der von Massenmedien bereitgestellt werde (Habermas 1990; Luhmann 2009).

Soziale Medien und andere Formen der computervermittelten Interaktion machen deutlich, dass diese Dominanz bröckelt und sich alternative Medienangebote für spezifische Publika herausbilden. Die Erfahrung gleichzeitiger und voneinander abweichender Publika – die voneinander kaum mehr wissen müssen und ggf. auch wollen – wird oft mit dem Effekt der Filter-Bubble oder »Echokammer«⁵ beschrieben. Jeder Nutzer und jede Nutzerin findet eine spezifische Medienwirklichkeit vor, die von eigenen Entscheidungen der Mediennutzung abhängt und es wahrscheinlicher macht, zu spezifischen Themen spezifische Informationen algorithmisch dargereicht zu bekommen. Der Soziologie Dirk Baecker spricht im Zusammenhang mit der Erfindung des Computermediums sogar von dem Übergang in eine »nächste Gesellschaft« (Baecker 2007). Die Evolution des Computermediums stelle eine gesellschaftliche Katastrophe dar, welche die Logiken der funktionalen Differenzierung konterkarriere.

Ausgehend von einer Theorie der Differenzierung sozialer Systeme lässt sich das politische System als ein Machtkreislauf von Politik, Publikum und Verwaltung begreifen, zumeist aufgehoben in einem nationalstaatlichen Gebilde (Luhmann 1981: 42ff.). Abseits normativer Erwägungen formuliert diese Theorie, dass die Ausdifferenzierung eines autonomen Systems für Politik, ihrer Verfahren und Institutionen, die »Bereithaltung der Kapazität zu kollektiv bindendem Entscheiden« (derslb. 2002: 84, Hervorh. i. Org.) zum Ziel hat. »In all diesen Fragen, die zu Kontroversen und Konflikten Anlass geben könnten, kommt es politisch letztlich auf die Durchsetzung der Entscheidung über Prämissen von Entscheidungen an«, so Luhmann schmittianisch (2002: 85). Das Erkenntnisinteresse unseres Aufsatzes und die empirischen Beispiele, die wir besprechen, betonen einen anderen Teil der Luhmannschen Funktionsformel: nämlich den der *Herstellung von Kollektiven*.

Armin Nassehi hat darauf hingewiesen, dass es in der modernen Gesellschaft um mehr gehe als die Bereithaltung von Entscheidungsfähigkeit und die Selektion politischen Personals. Vielmehr werde die Herstellung und Sichtbarmachung von Zurechenbarkeit – mithin: die Sichtbarmachung eines zurechenbaren *Publikums* – zur vornehmlichen Herausforderung für politische Kommunikationen in Demokratien.⁶ Moderne Demokratien schulen ihre Organisationen und Bewegungen vor allem in einem: in der Suche nach einem Publikum, welches nicht mehr vorausgesetzt werden kann. Eine Öffentlichkeit im Singular, ein vorausgesetztes und berechenbares Publikum gibt es nicht. Die Suchbewegungen nach einem kommunikativen Trägermilieu erklären sich genau hieraus.

»Denn das Medium, in dem solche Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit hergestellt wird, sind unterstellte Kollektivitäten, für die Sichtbarkeit und Transparenz kol-

5 Sunstein 2001.

6 Nassehi 2003, 2006: 342ff.

lektiv wirksamer Kausalitäten ebenso hergestellt wie diese dadurch erst erzeugt werden.« (Nassehi 2006: 345).

Das System des liberalen Konstitutionalismus, so Luhmann, rechne nicht mit Störquellen wie Kapitalismus oder, man möchte ergänzen, einem Computermedium, das die Idee einer Öffentlichkeit im Singular dekonstruiert und pluralisierte Öffentlichkeiten entstehen lässt.

Die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts löste ihre Konflikte nicht zuletzt über die Erfindung der Organisation als Vertretungen von Mitgliederinteressen und Organisatorin von Karrieren, Arbeitsbedingungen und Biographien. Durch die Einführung des Computermediums und seiner pluralisierten Öffentlichkeiten ergibt sich ein von der Organisation kommunikativ getrennter (und sie damit weithin entlastender) *Testraum für die politische Kommunikation* wie auch ein Ort, an dem die Suche nach und die Konstruktion der Unterstützerschaft stattfinden kann. Hierin begründet sich die hohe Zahl der Provokationen, die rechtspopulistische Politiken in die Social-Media-Kommunikation einbringen. Denn im Spiel aus Provokation, Leugnung der Provokation und und Re-Iteration der Leugnung werden hier Themen der politischen Auseinandersetzung verdichtet und die Anschlussfähigkeit an ein heterogenes Publikum getestet (Siri 2016: 101). Dabei wird ein Sog zu Kulturargumenten deutlich, die sich für die politische Kommunikation in Social Media besonders gut zu eignen scheinen. Und es wird auch deutlich, dass Modelle des Konsenses oder der Deliberation für Teile des Elektorats weit weniger plausibel sind als ein Bezug auf identitär geformte und anti-pluralistische Kollektive, die sich vielmehr einer Auseinandersetzung stellen sollen als Konsens und den Interessensausgleich zu suchen.

Zugleich dekonstruiert das Computermedium endgültig das, was mit dem Beginn der Wahlforschung als »öffentliche Meinung« (im Singular) diskutiert wurde. Öffentliche Meinung bezeichnet im Allgemeinen einen aus Daten abgeleiteten Mittelwert politischer Haltungen und Forderungen »des Volkes«, diese Beschreibung blieb natürlich auch »vor dem Computer« nicht unwidersprochen. So kritisierte Elisabeth Noelle-Neumann bereits in den 1980er Jahren, dass die Orientierung an einer scheinbaren Mehrheitsmeinung stark medial geprägt sei und in einer Schweigespirale resultieren könne (Noelle-Neumann 1989) und Pierre Bourdieu formulierte im Nachgang einer Kritik an Postulaten der Meinungsforschung, dass es die öffentliche Meinung nicht gebe (1993). Dies vorausgesetzt: Die Oberflächen und Algorithmen der Sozialen Medien haben die Konstruktion einer Mehrheitsmeinung weiter prekariert und bieten paradoxerweise identitären Kollektivitätskonstruktionen eine neue Heimat.⁷

7 Und dies übrigens nicht nur im rechten Spektrum, sondern auch in den vielen Formen der Identity Politics linker Bewegungen.

**Fazit: »Wir sind das Volk«:
Zur Herausbildung eines Diskurses der identitären Demokratie
im Umfeld der Partei Alternative für Deutschland (AfD)**

Für die AfD haben die vorangestellten Ausführungen das Folgende gezeigt: Sie ist keine Protestpartei in dem Sinne, dass sie allein die Enttäuschung ökonomischer Erwartungen – oder umgekehrt: die Angst vor sozialem Abstieg – artikuliert. Vielmehr profitiert die Partei von einer jetzt sichtbar werdenden populistischen Demokratieauffassung, die sich im Nachgang der Euro- und besonders im Zuge der Flüchtlingskrise Bahn bricht und sich im Hinblick auf die politische Kommunikation der Partei nicht zuletzt aus der Beherrschung Sozialer Medien erklärt. Ebenso wie Pegida (dort allerdings stark regional begrenzt) ist die AfD Nutznießerin und Produzentin einer diffusen identitären Demokratievorstellung, die sich durch drei Merkmale auszeichnet: Erstens die Forderung nach der uneingeschränkten Ausführung des Volkswillens, zweitens das grundlegende Misstrauen gegenüber den Repräsentanten der repräsentativen Demokratie und des Rechtsstaats (Funktionseliten) sowie drittens die gefühlte Bedrohung der kulturellen Identität durch abgrenzbare Fremdgruppen, allen voran aktuell »der Islam« und Geflüchtete. Die Grenzen zwischen Populismus und autoritären Demokratiekonzeptionen erscheinen dabei fließend. Der Populismus des 21. Jahrhundert geriert sich in geradezu apokalyptischem Duktus als (einziger) Verteidiger der Demokratie – gleichgesetzt mit dem Majoritätsprinzip – gegen das Establishment und »Fremde«. Deutlich wird ebenfalls, dass das Konzept einer identitären Demokratie mit dem besonnenen Konservatismus der Nachkriegszeit in Konkurrenz tritt. Der Konservatismus z.B. Merkelscher Façon ist der identitären Konzeption fast noch verhasster als eine sozialdemokratische oder linke Programmatik. Mit Karl Mannheim kann dies als Re-Aktualisierung des revolutionären Konservatismus im Gegensatz zu einem auf Subsidiarität und Regionalität verpflichteten, traditionellen Altkonservatismus bezeichnet werden, verstehen sich aktuelle Rechtspopulisten doch als Kritiker der staatsaffinen und konsensorientierten konservativen Politiken der Nachkriegszeit. (Mannheim 1984; vgl. auch Mannheim 1980; Siri 2015). Hier wird ein Schisma im Konservatismus deutlich, welches für die BRD zuletzt in der Weimarer Republik festgestellt werden konnte. Doch auch wenn identitäre Elemente eine relevante Form moderner rechtspopulistischer Kommunikation darstellen: Die konkreten Themen der politischen Kommunikation sind ideologisch-programmatisch keinesfalls festgelegt, sondern werden in alternativen Öffentlichkeiten der Sozialen Medien verhandelt und von der Parteiorganisation »getestet« und aktuellen Entwicklungen »angepasst«.

In den Filter-Bubbles der Sozialen Medien konstituiert sich das kommunikative Trägermilieu der Politiken des Rechtspopulismus. Das Netz ist dabei Möglichkeitsspielraum in dem Sinne, dass in etablierten Medien sanktionierte Botschaften

hier (relativ) sanktionsfrei geäußert werden können. Zudem bringt das Netzmedium aufgrund der personalisierten Algorithmen Möglichkeiten der Isolierung von politischen Szenen mit sich, die es ermöglicht, relativ frei von der Erfahrung kognitiver Dissonanz und diskursiver Auseinandersetzung politische Haltungen in einem homogenen Diskussionszusammenhang zu vertreten. Dadurch werden positive und konfliktfreie Sozialisationserfahrungen in dem Milieu des Rechtspopulismus wahrscheinlicher.

Die in interaktionsnahen sozialen Gruppierungen wie Pegida, rechten Blogs und in Sozialen Medien wie Facebook und Twitter geäußerten Kritiken bilden im Sinne dieser neuen medialen Konfiguration politischer Öffentlichkeiten den Resonanzraum für die (Oppositions-)Politiken der AfD-Parteioorganisation. Sie bilden ein Publikum, zu dem die Partei vornehmlich spricht, einen Testraum für (Selbst-)Skandalisierungen, die der Medienresonanz, dem Austesten von Konsenschancen wie auch der Identitätsbildung dienen. Die Selbststabilisierung des Milieus erfolgt also durch wechselseitige Beobachtungen und Bestätigung von Partei und Anhängern in Sozialen Medien und ersetzt damit zumindest potentiell die Interaktion in politischen Räumen abseits des Netzes. Die Unschärfe in der Argumentation, der Bezug auf Kultur und die Provokation eröffnen dabei hohe Toleranz für Abweichung. So lässt sich zum Beispiel erklären, dass die Teilnehmerschaft von Demonstrationen und die Kommentatorenschaft in Social Media über einen weiten *range* enttäuschter Konservativer und Liberaler, über Protestwähler, über fundamentalistische Christen und »Lebensschützer«, über Maskulinisten und Verschwörungstheoretiker bis hin zu Neonazis reicht. Konzepte identitärer Demokratie sprechen aus dieser Perspektive nicht für einen einfachen »Backlash«, sondern sind vielmehr eine sehr moderne Angelegenheit. Sie sind Resultat einer im Computermedium vermittelten Suchbewegung nach Kollektivität, die sich eben nicht ausschließlich an die Idee einer Nation oder eines Staatsvolkes gebunden sieht und programmatische Unschärfen ebenso aushält wie ein heterogenes Publikum.

Literatur

- Akkerman, Agnes/Mudde, Cas/Zaslove, Andrej 2014: How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters. In: *Comparative Political Studies*, Heft 9, S. 1324-1353.
- Arzheimer, Kai 2011: Electoral Sociology – Who Votes for the Extreme Right and Why – and When?. In: Uwe Backes/Patrick Moreau, (Hg.), *The Extreme Right in Europe, Current Trends and Perspectives*, Göttingen, S. 35-50.
- Arzheimer, Kai 2015: The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?. In: *West European Politics*, Heft 3, S. 535-556.

- Arzheimer, Kai/Carter, Elisabeth 2006: Political opportunity structures and right-wing extremist party success. In: *European Journal of Political Research*, Heft 3, S. 419-443.
- Baecker, Dirk 2007: *Studien zur nächsten Gesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Bebnowski, David 2015: *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*, Wiesbaden.
- Berbuir, Nicole/Lewandowsky, Marcel/Siri, Jasmin 2015: The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?. In: *German Politics*, Heft 2, S. 154-178.
- Bourdieu, Pierre 1993: Die öffentliche Meinung gibt es nicht. In: Ders., *Soziologische Fragen*, Frankfurt a.M., S. 212-223.
- Decker, Frank 2004: *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen.
- Decker, Frank 2015a: *Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zu Theorie und Empirie*, Baden-Baden.
- Decker, Frank 2015b: *Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik*. In: Frank Decker/Bernd Hennigsen/Kjetil A. Jakobsen (Hg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa*, Baden-Baden, S. 75-90.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar 2012: *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Bonn.
- Franzmann, Simon T. 2014: Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive. In: *Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung*, Heft 20, S. 115-124.
- Greve, Jens/Heintz, Bettina 2005: Die »Entdeckung« der Weltgesellschaft. Entstehung und Grenzen der Weltgesellschaftstheorie. In: *Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft »Weltgesellschaft«*, S. 89-119.
- Habermas, Jürgen 1990: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuauflage, Frankfurt a.M.
- Häusler, Alexander 2013: *Die »Alternative für Deutschland« – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung*. Düsseldorf.
- Jankowski, Michael/Schneider, Sebastian/Tepe, Markus 2016: Ideological alternative? Analyzing Alternative für Deutschland candidates' ideal points via black box scaling. In: *Party Politics* (online first).
- Kroh, Martin/Fetz, Karolina 2016: Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, *DIW-Wochenbericht*, Heft 34, S. 711-719.
- Lewandowsky, Marcel 2015: Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Heft 1, S. 121-135.

- Lewandowsky, Marcel/Giebler, Heiko/Wagner, Aiko, 2016: Rechtspopulismus in Deutschland: Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, S. 247-275.
- Luhmann, Niklas 1981: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München und Wien.
- Luhmann, Niklas, 2002: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas 2009: Die Realität der Massenmedien, Wiesbaden.
- Mannheim, Karl 1980: Strukturen des Denkens, Frankfurt a.M.
- Mannheim, Karl 1984: Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, Frankfurt a.M.
- Mudde, Cas 2004: The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition. Heft 4, S. 541-563.
- Mudde, Cas 2007: The Populist Radical Right in Europe, Cambridge.
- Nassehi, Armin 2003: Politik des Staates oder Politik der Gesellschaft? Kollektivität als Problemformel des Politischen. In: Kai-Uwe Hellmann (Hg.), Das System der Politik, Opladen, S. 38-59.
- Nassehi, Armin 2006: Der soziologische Diskurs der Moderne, Frankfurt a.M.
- Niedermayer, Oskar/Hofrichter, Jürgen 2016: Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? In Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2, S. 267-284.
- Noelle-Neumann, Elisabeth 1989: Die Theorie der Schweigespirale als Instrument der Medienwirkungsforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft »Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde«, S. 418-440.
- Pauwels, Teun 2011: Measuring Populism: A Quantitative Text Analysis of Party Literature in Belgium. In: Journal of Elections, Public Opinion & Parties, Heft 1, S. 97-119.
- Pirro, Andrea L. 2014: Populist Radical Right Parties in Central and Eastern Europe: The Different Context and Issues of the Prophets of the Patria. In: Government and Opposition, Heft 4, S. 600-629.
- Rooduijn, Matthijs/Pauwels, Teun 2011: Measuring Populism: Comparing Two Methods of Content Analysis. In: West European Politics, Heft 6, S. 1272-1283.
- Schaffner, Brian F./Mac Williams, Matthew/Nteta, Natishe 2017: Explaining White Polarization in the 2016 Vote for President: The Sobering Role of Racism and Sexism. Paper prepared for presentation at the Conference on The U.S. Elections of 2016: Domestic and International Aspects. January 8-9, 2017, IDC Herzliya Campus.
- Schwarzbozl, Tobias/Fatke, Matthias, 2016: Äußer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, S. 276-299.
- Siri, Jasmin, 2012: Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form, Wiesbaden.

- Siri, Jasmin, 2015: Rechter Protest? Zur Paradoxie konservativer Protestbewegungen. In: Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hg.), (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld, S. 239-255.
- Siri, Jasmin 2016: Zur Aktualität von Karl Mannheims Analyse des politischen Konservatismus. In: Martin Endreß/Klaus Lichtblau/Stephan Moebius (Hg.), Zyklus 3. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie, Wiesbaden, S. 91-111.
- Spier, Tim 2006: Populismus und Modernisierung. In: Frank Decker (Hg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 33-58.
- Spies, Dennis C./Franzmann, Simon 2011: A Two-Dimensional Approach to the Political Opportunity Structure of Extreme Right Parties in Western Europe. In: West European Politics, Heft 5, S. 1044-1069.
- Sunstein, Caas, 2001: Echo Chambers: Bush v. Gore, Impeachment, and Beyond, Princeton.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven 2016: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden.
- Wagner, Aiko/Lewandowsky, Marcel/Giebler, Heiko, 2015: Alles neu, macht der Mai? Die AfD und die Europawahl 2014. In: Kaeding, Michael/Switek, Niko: Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Wiesbaden, S. 137-148.

